

Antrag

der Abgeordneten Sören Pellmann, Jan Korte, Dr. Gesine Löttsch, Matthias W. Birkwald, Klaus Ernst, Susanne Ferschl, Christian Görke, Susanne Hennig-Wellsow, Ina Latendorf, Caren Lay, Ralph Lenkert, Christian Leye, Pascal Meiser, Thomas Lutze, Victor Perli, Heidi Reichinnek, Bernd Riexinger, Jessica Tatti, Dr. Sahra Wagenknecht, Janine Wissler und der Fraktion DIE LINKE.

Schutzschirm für Ostdeutschland spannen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Inflation liegt aktuell bei 7,9 Prozent. Bürgerinnen und Bürger leiden unter den Preissteigerungen, die Einkommen und Wohlstand vernichten. Die Lebensmittel- und Energiepreise sind außer Kontrolle und steigen in einem unvorstellbaren Tempo. Bürgerinnen und Bürger der ostdeutschen Bundesländer sind von dieser Entwicklung besonders betroffen.

Bei deutlich geringeren Löhnen, Gehältern und Alterseinkommen in Ostdeutschland machen die Kosten für Lebensmittel, Strom, Gas und Sprit einen prozentual höheren Anteil der Haushaltseinkommen aus. In Hamburg und München beispielsweise liegt dieser Anteil für Energie laut einer Studie des Vergleichsportals „Check24“ bei fünf Prozent, in Sachsen und Thüringen bei über acht Prozent. Zudem sind die Energiepreise durch höhere Netzentgelte und Gaspreise in Ostdeutschland auch absolut höher. Laut einer Analyse des Vergleichsportals „Verivox“ liegen die Gaspreise in den ostdeutschen Bundesländern um 16 Prozent höher als im Bundesschnitt. Hinzu kommt, dass für Bürgerinnen und Bürger, insbesondere für Berufspendlerinnen und Berufspendler, die Fahrtwege im ländlichen Raum deutlich weiter sind. Die Verdopplung der Spritpreise seit Beginn des vergangenen Jahres wirkt sich in Ostdeutschland noch dramatischer aus. Auch ostdeutsche Betriebe leiden erheblich unter den Preisexplosionen. Die Wirtschaft im Osten ist kleinteiliger aufgestellt, Betriebe haben weniger Rücklagen und Eigenkapital.

Das EU-weite Ölembargo in Bezug auf Russland wird den Osten Deutschlands weitest stärker treffen als die westdeutschen Bundesländer. Die ostdeutschen Bundesländer sind ähnlich abhängig vom russischen Öl wie einige osteuropäische Staaten. Laut Bundeswirtschaftsminister Habeck könnte es „rumpelig“ werden. Das ist stark untertrieben. Der Importstopp ist ein soziales Pulverfass, insbesondere für den Osten. Preissprünge auf über 3 Euro pro Liter Sprit hält das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung für möglich. Die ostdeutsche Wirtschaft könnte um Jahre zurückgeworfen werden.

Das Ölembargo wird die Inflation aller Voraussicht nach weiter antreiben. Rentnerinnen und Rentner, Hartz-IV-Beziehende, Gering- und Normalverdienende sind die Verlierer der Inflation. Auf der anderen Seite gibt es Profiteure. Insbesondere die Mineralölkonzerne erzielen historische Gewinne. In kaum einem anderen Land in Europa sind die Treibstoffpreise seit Kriegsbeginn so stark gestiegen wie in Deutschland.

Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung reichen nicht aus. Die Mehreinnahmen in Höhe von über 32 Milliarden Euro, mit denen die Bundesregierung aufgrund der steigenden Preise bei der Mehrwertsteuer in diesem Jahr rechnet, übersteigen sogar das Volumen der beiden Entlastungspakete.

Um die Folgen von Inflation und Ölembargo abzufedern, ist insbesondere für Ostdeutschland ein Schutzschirm mit einem Maßnahmenpaket notwendig: ein Garantieplan für Versorgungssicherheit, Standorte, Arbeitsplätze und Bezahlbarkeit.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Standorte Schwedt und Leuna langfristig zu sichern, eine Beschäftigungsgarantie für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzugeben, diese Garantie als Eigentümer oder Treuhänder durchzusetzen und den Ausfall russischer Öllieferungen auszugleichen;
2. einen Rettungsfonds für Unternehmen in Ostdeutschland und strukturschwachen Regionen einzurichten, der – ähnlich wie in der Corona-Krise – Insolvenzen aufgrund des Embargos und der Preissteigerungen verhindert;
3. die bisherigen Maßnahmen zur Entlastung der Bevölkerung auch auf Rentnerinnen und Rentner sowie Studierende auszuweiten, indem ein Sofortprogramm zumindest für die kommenden acht Monate aufgelegt wird, das einkommensteuerpflichtige Zahlungen von 125 Euro pro Monat für jeden Haushalt und 50 Euro für jedes über ein hinausgehendes Mitglied des Haushaltes vorsieht;
4. einen bundesweiten Notfallplan einzurichten, um die Versorgung von Haushalten, Unternehmen und Tankstellen zu bezahlbaren Preisen sicherzustellen, und zu gewährleisten, dass auch bei der Fernwärme explodierende Kosten für Verbraucherinnen und Verbraucher verhindert werden;
5. die Lebensmittelpreise zu senken, indem die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel bis auf weiteres ausgesetzt wird und die Eigentümerinnen und Eigentümer der Supermarktketten zu einem Preissenkungsgipfel im Kanzleramt eingeladen werden;
6. das Neun-Euro-Ticket zumindest bis Ende des Jahres zu verlängern;
7. die Treibstoffpreise zu kompensieren, indem die Mineralölkonzerne mit einer Übergewinnsteuer (wie z. B. in Großbritannien und Italien) zur Verantwortung gezogen und die Mittel an die Verbraucherinnen und Verbraucher zurückgegeben werden;
8. einen Gesetzentwurf vorzulegen, um innerhalb der nächsten sechs Monate eine funktionierende staatliche Energiepreisaufsicht bei der Bundesnetzagentur einzuführen, um Spekulation und Wucherpreise bei Versorgung zu verhindern.

Berlin, den 21. Juni 2022

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion